## Mit viel Optimismus in Simmeraths Zukunft

Die aktuelle Haushaltslage der Gemeinde wird von allen Fraktionen positiv gesehen. Mehr Kooperation mit den Nachbarkommunen gewünscht.

Simmerath. Durch die Bank gute Noten gab es von allen Simmerather Fraktionen und Parteien für den Haushalt 2018 der Gemeinde Simmerath. Folgerichtig wurde das Zahlenwerk mit einem Gesamtvolumen von 39,2 Millionen Euro auch einstimmig in der zurückliegenden Ratssitzung verabschiedet, selbst wenn SPD und UWG mit ihren Änderungsanträgen an der CDU-Mehrheit scheiterten. Der Haushaltsausgleich kann zwar in diesem Jahr noch nicht erzielt werden, aber das Defizit von 1,7 Millionen soll in schnellen Schritten abgebaut werden, so dass nach den Berechnungen des Kämmerers ab dem Jahr 2020 der Etatausgleich erzielt werden kann.

Bei aller Übereinstimmung im Rat und der optimistischen Grundstimmung wurden in den Haushaltsreden der Fraktionen aber auch die Unterschiede in der politischen Wertung deutlich.

## Finanzierung verbessern

Für die CDU-Fraktion sagte deren Sprecher Christoph Poschen, dass er den wesentlichen Grund für den noch in diesem Jahr ausbleibenden Haushaltsausgleich darin sehe, dass die Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land "nach wie vor unzureichend" sei. In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen sei eine Reform der Gemeindefinanzierung dringend erforderlich. Dennoch setze der Haushaltsplan 2018 für die Entwicklung der Gemeinde Simmerath bedeutende Akzente. Beispielhaft nannte Poschen das neue Baugebiet in Lammersdorf und den dortigen Kreisverkehr, Verbesserungen an den Schulgebäuden in Lammersdorf und Steckenborn und die Verbesserung der Schülerbeförderung nach Eicherscheid und ins Rurtal. Die Belastung der Bürger durch Steuern und Abga-



Mehr davon: Ein Bespiel für gut funktionierende interkommunale Zusammenarbeit lieferten die Gemeinden Roetgen und Simmerath kürzlich bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags für den anstehenden Glasfaserausbau. Foto: Archiv/A. Gabbert

die von der Mehrheitsfraktion betriebene sparsame Haushaltspolitik der zurückliegenden Jahre zurückführte.

"Sympathie" zeigte der CDU-Sprecher für einen Änderungsantrag der UWG zur Stromversormit Hilfe von Photovoltaikanlagen ben bleibe auf einem stabilen Umsetzung wolle man in diesem Entwicklung der Einnahmen zu-

Niveau, was Poschen auch auf die Jahr aber dennoch verzichten, sondern stattdessen einen Fachausschuss bilden, der sich im Laufe des Jahres intensiver mit der Thematik befasse.

Auch SPD-Fraktionssprecher Gregor Harzheim wertete es als positiv, dass man sich in der Gemeinde gung in der Gemeinde Simmerath Simmerath momentan keine Gedanken um ein Haushaltssicheauf Gemeindegebäuden. Auf die rungskonzept machen müsse. Dies Bereitstellung von Mitteln für die hänge mit der "äußerst positiven"

sammen. Nicht einhergehen konnte der SPD-Sprecher mit der Vorliebe der CDU für die Mittelbereitstellung zur Unterhaltung von Wirtschaftswegen, "die im Zweifel auch gut für den illegalen Pkw-Ver-kehr zu nutzen sind". Sinnvoller sei es, in die Unterhaltung der Gemeindestraßen zu investieren. "Defizite in der Politik der Mehrheitsfraktion" sah Harzheim auch unverändert "in der mangelnden interkommunalen Zusammen-

Mein Leben lang.

arbeit mit den Nachbargemeinden". Die sehr positiv zu bewertende Zusammenarbeit mit der Gemeinde Roetgen beim Glasfaserausbau habe gezeigt, "welches enorme Potenzial hier noch schlummert". In einem anderen Punkt, der Einführung eines Gebäudemanagement bei der Gemeindeverwaltung, sah Harzheim die "gebetsmühlenartigen Forderungen" endlich als erfüllt an.

Die positiven Aspekte des Haushalts 2018 stellte auch UWG-Spre**cher Reinhold Köller** an den Beginn

Ausführungen. Positiv sei auch, dass die Gemeinde keine weiteren Steuererhöhungen plane. Begrüßt werde auch seitens der UWG, die Einführung eines Ratsinformationssystems vorangetrieben werde. Dies sei ein wichtiger Beitrag für mehr Transparenz gegenüber dem Bürger. Eine stärkere

Kooperation mit den Nachbarkommunen sei eine weitere Forderung der UW G, da sie zu Kosten-einsparungen führen werde. In der Tatsache, dass jetzt "ohne erneuten Antrag der UWG" endlich öffentliche Toiletten am Bushof errichtet würden, erkenne die UWG "dass ihr Wirken seit den 1990er Jahren nicht völlig vergebens war". Unterstützung verdiene auch die Marketingkampagne für die Gemeinde Simmerath, um die Vorzüge der Kommune effektiver darzustellen zu können. Nur mit der Beteiligung der Gemeinde am Förderprojekt Radtourismus konnte sich die UWG nicht anfreunden. Immerhin handele es um ein Projekt in Höhe von 740 000 Euro. Auch wenn davon 90 Prozent bezuschusst würden, wisse man "außer ein paar wenigen wolkigen Andeutungen" nicht wirklich wogehe. Diesen "Blankorum es wolle man daher nicht

Auch FDP-Ratsvertreter Benjamin Steinborn sah im Haushalt 2018 zukunftsweisende Aspekte. Man sehe Licht am Ende des Tunnels, "und es ist kein Zug, der uns entgegenkommt".

Als gute Signale der letzten Zeit sah Steinborn steigende Einwohner- und Geburtenzahlen, die Etablierung der Sekundarschule sowie die Entwicklung von Gewerbeund Baugebieten. Als "Herausforderungen der Zukunft" nannte Steinborn den sozialen Woh-

"Unsere gebetsmühlenartigen Forderungen beim Gebäudemanagement wurden endlich erhört. "

GREGOR HARZHEIM, SPD-FRAKTIONSSPRECHER SIMMERATH

> nungsbau, um die auf Langschoß lebenden Flüchtlinge zu integrieren. Auch müsse im Zentralort Simmerath ein neues Baugebiet entwickelt werden, und die interkommunale Zusammenarbeit voranschreiten. Gedanken müsse man sich auch darüber machen, wie es gelingen könne, die wichtigen Informationen aus Rat und Verwaltung zu den Bürgern zu bringen.

> Vom Haushaltsausgleich sei man zwar noch weit entfernt, sagte Grünen-Fraktionssprecher Stockschlaeder, aber von außen betrachtet seien in den letzten Jahren erstaunliche Investitionen in das Gemeinwesen vorgenommen worden. Die vor zwei Jahren erfolgte maßvolle Erhöhung der Gemeindesteuern habe sich als richtig erwiesen, und so könne man gemeinsam den eingeschlagenen Weg "mit Sparsamkeit und Zuversicht" weiter gehen.

## Keine Einigkeit in Roetgen

Unterschiedliche Positionen werden bei Haushaltsdebatte erneut deutlich

Haushalt 2018 der Gemeinde Roetgen war im Wesentlichen von zwei partenose Guntner Severgegen. Während die Verwaltung für das Jahr 2018 von einem Fehlbetrag in Höhe von rund 445 000 Euro ausgeht und damit rechnet, im Jahr 2020 erstmals wieder den Haushaltsausgleich zu erreichen, forderten die Grünen weitere Sparmaßnahmen, um einen Ausgleich schon in diesem Jahr zu erreichen und von weiteren Steuererhöhungen abzusehen. In ihren Haushaltsreden begründeten die Fraktionsvorsitzenden ihre Positionen.

"Der Haushaltsentwurf 2018 stellt sich für alle überraschend deutlich positiver dar, als im letzten Jahr in den kühnsten Träumen vorstellbar schien", sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Onasch. Damit scheine es durchaus realistisch, dass bereits 2019 der Haushaltsausgleich erreicht werden könne. Insbesondere die Grünen wollten jedoch "auf Biegen und Brechen" bereits den Haushalt 2018 nach Planzahlen ausgleichen. Die eingebrachten Sparvorschläge seien aber in fast allen Punkten falsch oder nicht machbar. Die SPD werde dem Entwurf der Verwaltung zustimmen, zumal man endlich "Licht am Horizont" sehe. "Es ist insbesondere auch das Ergebnis der erheblichen Steuererhöhungen der letzten Jahre, die von einigen Fraktionen immer wieder abgelehnt wurden, ohne die wir aber heute nicht so zuversichtlich in die nähere Zukunft schauen könnten", betonte Onasch. Einigen Ratsvertretern warf er "populistische und manchmal gar willkürliche Politik" vor.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Albrecht Maurer erklärte, der vorliegende Haushalt sei aus Sicht der CDU-Fraktion ein ehrlicher Haushalt und die Planung der Einnahmen und Ausgaben sei eher konservativ geplant. Er sprach vom "Licht am Ende des Tunnels" und davon, dass die Ge-

sparsamen Haushaltsführung vorhaltes sei in der Vergangenheit überwiegend von externen Einflüssen geprägt". "Der Haushalt der Gemeinde ist konservativ geplant, aber es gibt immer noch genügend Unwägbarkeiten, die einen Haushaltsausgleich gefährden, daher vertrauen wir an dieser Stelle der Einschätzung der Verwaltung, und wir lehnen es daher ab, Zahlen zu frisieren, nur im auf dem Papier einen Haushaltsausgleich darzustellen", sagte Mauer.

## "Tiefe Gräben"

"Die Gräben sind wirklich tief", stellte die UWG-Fraktionsvorsitzende Silvia Bourceau fest. Der Vorwurf des Populismus wiege schwer. Die Steuersätze befänden sich mittlerweile "auf einem sehr ho-hem Niveau". "Trotzdem gelingt uns der Schuldenabbau nicht", betonte sie. So würden etwa die Personalkosten, trotz Outsourcing und der Vergabe an Fremdfirmen, weiter steigen. Rat und Verwaltung müssten gemeinsam am Abbau der Schulden arbeiten. "Geben Sie nicht jede Menge Geld für Gutachten aus, um anschließend weiter so wie bisher zu agieren", forderte Bourceau. Jegliche Investitionen und Ausgaben müssten mit den politischen Gremien im Vorfeld abgestimmt sein. "Nur so lässt sich eine gemeinsame Konsolidierung unter Berücksichtigung der Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger realisieren", sagte Bour-

"Wir sind nicht zufrieden, wenn wir auf das vergangene Jahr 2017 zurückblicken. Eine Erfolgsstory sieht anders aus", sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Gerd Pagnia. "Nach den letzten Meldungen haben wir aufgrund einiger Änderungsanträge der Grünen nur noch ein Minus von circa 445 000 Euro. Bei Einbringung des Haushaltes waren es noch 552 000

Roetgen. Die Diskussion um den meinde bei einer Fortführung der Euro. Normalerweise müsste es angesichts der Zahlen eigentlich bei zeitig wieder die finanzielle Eigen- jedem Ratsmitglied klingeln, und gegensätzlichen Positionen ge- ständigkeit erlangen könne und prägt. SPD, CDU und FDP (16 dann auf die geplanten Steuer- siehe da, der Haushaltsausgleich Stimmen) folgten den Vorschlägen erhöhungen verzichtet werden ist nicht mehr in weiter Ferne, sonder Verwaltung. UWG, Grüne, PRB könne. Die Entwicklung des Haus- dern er ist zum Greifen nah", sagte Pagnia. Es destunde schon im Janr ain (13 Stimmen) votierten da- und auch in der Zukunft "fast 2018 die Möglichkeit zum Ausgleich des Haushaltes. "Aber vielleicht ist das gar nicht gewollt. Es ist halt sehr bequem, weiter die Steuern zu erhöhen mit dem Hinweis auf das Haushaltssicherungskonzept und dass man gar nichts ändern könne", betonte Pagnia. Dass man doch etwas ändern könne, hätten die Grünen mit ihren Anträgen bewiesen.

Ein großer Teil der Haushaltssatzung sei in Ordnung, erklärte Bernd Vogel für die PRB. "Wir sehen aber in einigen Bereichen einen Mangel an Willen, durch Sparen von unnötigen Maßnahmen den Haushalt massiv zu entlasten", sagte er. Außerdem teile man die von den Grünen formulierten Kritikpunkte.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP. Franz-Josef Zwingmann, bezeichnete die Haushaltssatzung als "eine der schwierigsten, die uns in Roetgen je vorgelegt wurden". Nach den Vorstellungen der FDP solle die Gemeinde ab dem Jahr 2019 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen, "um letztendlich unseren Bürgern konstant bleibende Steuern oder auch eine Verminderung der Besteuerung zu gewährleisten". Wenn die Mitarbeiter der Verwaltung in vielen Fällen mit zusätzlichen Arbeiten belastet worden seien, sei das zum Teil auch von den Politikern mit zu verantworten.

Der parteilose Günther Severain erklärte, seine Vision sei "ein Roetgen, das schnellstens aus der Haushaltssicherung herauskommt, um endlich wieder neues Potential für eine bürgerfreundliche Politik und Ortsentwicklung zu erhalten". Der vorgelegte Haushaltsentwurf lasse jedoch erkennen, "dass eine Motivation, sich anzustrengen, nicht vorhanden ist". Stattdessen würden mit Hilfe der beiden großen Parteien die Steuern erhöht, sagte



UNIKLINIK